



95. Landesparteitag

Beschluss

Ungarn muss Rechtsstaat bleiben – EU und Europarat müssen reagieren

1.) Die FDP Hamburg kritisiert die vom ungarischen Parlament beschlossene Einschränkung der Rechte des ungarischen Verfassungsgerichts. Eine Beschränkung der Prüfungskompetenz des Verfassungsgerichts auf formale Fehler im Gesetzgebungsverfahren ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar.

2) Die FDP Hamburg fordert die Europäische Union und den Europarat auf, darauf hinzuwirken, dass das ungarische Parlament die vollen Rechte des Verfassungsgerichts wiederherstellt. Sollte das ungarische Parlament den Forderungen von EU und Europarat nicht nachkommen, so fordert die FDP, Sanktionen gegen Ungarn zu verhängen, bis die Rechte des Verfassungsgerichts in vollem Umfang wiederhergestellt sind. Als höchste Eskalationsstufe ist dabei die Suspendierung der Mitgliedschaft Ungarns in EU und Europarat in Betracht zu ziehen.

3) Die FDP Hamburg fordert die Mitglieder der FDP im Europaparlament und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auf, sich dafür einzusetzen, dass umgehend Gespräche mit der Regierung Ungarns aufgenommen werden, um deutlich zu machen, dass die Einschränkung der Rechte des ungarischen Verfassungsgerichts von EU und Europarat nicht hingenommen werden. Sollten diese Gespräche nicht zu einem Einlenken des ungarischen Parlaments führen, so sollen die FDP Mitglieder im Europarat und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats sich für die Verhängung von Sanktionen gegen Ungarn einsetzen.



Gleiches gilt für die der FDP angehörenden Minister (vor allem Guido Westerwelle als Außenminister und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Justizministerin) im Rahmen der Beratungen mit ihren europäischen Amtskollegen.

4) Die FDP Hamburg stellt einen inhaltlich entsprechenden Antrag zum kommenden Bundesparteitag.